

11. Jahresforum EU-Beihilfenrecht

Wien, 18.04.2023

Neue Judikatur – beihilferechtlich relevante EuGH-Urteile

Dr. Johannes Hartlieb, BSc
Rechtsanwalt
Haslinger / Nagele Rechtsanwälte GmbH



H A S L I N G E R
N A G E L E

- Erneuerbare Energien
- Steuern
- Luftverkehr
- Verfahren & Rechtsschutz
- Weitere Rechtsprechung

360° Erneuerbare
Energie

imh

Erneuerbare Energien

 H ^ S L I N G E R
N ^ G E L E

EuGH verb Rs C-702/20 u 17/21, DOBELES HES:

- Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichts Lettlands (Große Kammer)
- Stromverkauf durch Wasserkraftwerke
 - 2004: EU-Beitritt Lettlands
 - Bis 2005: Förderung durch doppelten Marktpreis
 - Klage gg. Nicht-Anpassung der Tarife
 - Entschädigungsleistungen – Restbetrag

EuGH verb Rs C-702/20 u 17/21, DOBELES HES:

- „aus staatlichen Mitteln“ → gesetzliche Regelung zur „Sozialisierung“ der höheren Tarife
- Wettbewerbsbeeinträchtigung: auch auf teil-regulierten Märkten (Elektrizitätsmarkt)
 - Keine volle Tarif-Regulierung
- Reiner Schadenersatz stellt keine Beihilfe dar
 - Hier nicht relevant
- Gerichtlich zugesprochener Teil keine eigene Beihilfe
 - De-minimis: Gesamtbetrag maßgeblich
- EuGH lässt Tendenz zur Beihilfe erkennen

EuGH Rs C-102/21, Autonome Provinz Bozen:

- Vorabentscheidungsersuchen des ital. Gerichts
- Beihilfen für den Bau kleiner Wasserkraftwerke
- Keine Möglichkeit des Netzanschlusses
 - Entlegene Region, unwirtschaftlich
- Genehmigung der KOM abgelaufen
 - Aufforderung zur Rückzahlung

EuGH Rs C-102/21, Autonome Provinz Bozen:

- Keine missbräuchliche Anwendung der Beihilfe
 - Kein Verstoß gegen bestehenden Beschluss
- Nach Auslaufen der Genehmigung: neue Beihilfe
- Keine Mitteilung an KOM
 - Rechtswidrige Beihilfe
- Verstoß gegen Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV
 - Beihilfe aus eigener Initiative zurückzufordern
 - Alle staatlichen Stellen
- Rückzahlungsbetrag kann auf „unzulässigen“ Teil beschränkt werden
- KOM hat Vereinbarkeit mit BM prüfen
 - Es obliegt nicht der KOM, MS zur Rückforderung aufzufordern

EuGH Rs C-470/20, *Veejaam und Espo*:

- Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichts Estlands
- Wasserkraftwerke
- Austausch der Anlage – Ansuchen um neue Investitions-Beihilfe
- Estnisches Recht: Beihilfeantrag nach Errichtung der Erzeugungsanlage
- Anreizeffekt?
 - Verhaltensänderung bei Empfänger (Umwelt-LL)
- Kein Ermessen der zuständigen Behörde
 - Aber Beurteilung, ob Voraussetzungen vorliegen

EuGH Rs C-470/20, *Veejaam und Espo*:

- Antragstellung nach Beginn der Arbeiten steht Beihilfe nicht zwingend entgegen
 - Wahrung des Anreizeffekts ist auf andere Weise sicherzustellen
 - Anreizeffekt kann vorliegen, wenn Investition ohne Beihilfe nicht erfolgt
- „Neue Beihilfe“, wenn über Genehmigungsfrist hinausgegangen wird
- „rechtswidrige Beihilfe“
 - erst *nach* Beschluss der KOM als „bestehende Beihilfe“ einzustufen (keine „Heilung“)
- ABER: Keine Pflicht zur Rückforderung, wenn nachträglicher positiver Beschluss
- JEDOCH: Zinszahlung für Zeitraum der Rechtswidrigkeit
- Siehe auch: SA *Rantos C-11/22, Est Wind Power OÜ / AS Elering*
 - “Beginn der Bauarbeiten für Investition” – nicht Beginn jeglicher Bauarbeiten
 - Genehmigung zur Durchführung des Investitionsvorhabens



EuGH Rs. C-179/20, *Fondul Proprietatea*:

- Vorabentscheidungsersuchen von rumänischem Gericht
- Nationaler Erlass, mit dem für zwei Elektrizitätserzeuger der Anschluss an das Stromnetz gewährleistet wurde
 - Kalorische Kraftwerke
 - Fossile Brennstoffe
 - Abnahmepflicht bestimmter Stromprodukte („Ausgleichsenergie“) durch Netzbetreiber
 - Förderung der Netzstabilität durch laufenden Betrieb





EuGH Rs. C-179/20, *Fondul Proprietatea*:

- (EuGH: Garantierter Zugang elektrizitätsrechtlich zulässig, sofern verhältnismäßig)
- Pflicht zur Abnahme von Energie kann Beihilfe begründen
 - Öff. Unternehmen als Abnehmer
 - Staatliche Mittel
 - Vorteil für Erzeuger
 - Negative Auswirkungen auf BM möglich
- Pflicht zur Anmeldung bei KOM



EuG Rs T-101/18, Österreich/Kommission:

- Nichtigkeitsklage durch Rep. Ö.
- Ungar. AKW Paks II
 - Genehmigung der KOM
- Vergabe des Auftrags: keine untrennbare Modalität der Beihilfe
- Ausschreibung für Verhältnismäßigkeit der Beihilfe nicht absolut zwingend



EuG Rs T-101/18, Österreich/Kommission:

- KOM hat allf. Verstoß gegen Umweltschutzvorschriften zu prüfen
 - Endlagerung nicht relevant
- Keine verpflichtende Alternativenprüfung (Erneuerbare)
 - Wahl des Energiemix steht MS frei
- Abweisung der Klage
 - Rechtsmittel anhängig: EuGH Rs C-59/23 P

360° Erneuerbare
Energie

imh

Steuern

 H ^ S L I N G E R
N ^ G E L E

EuGH verb. Rs. C-885/19 P und C-898/19 P, Fiat Chrysler Finance Europe/Kommission

- Rechtsmittel gg. Urteil des EuG
- Genehmigung einer Vereinbarung über Verrechnungspreise
 - Fremdvergleichsgrundsatz
- Steuervorbescheid Luxemburgs
 - Beschluss der KOM
 - Falsche Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes führt zu niedrigerer Steuerbemessungsgrundlage

EuGH verb. Rs. C-885/19 P und C-898/19 P, Fiat Chrysler Finance Europe/ Kommission

- Nicht-harmonisierte Rechtsbereiche (Einkommensteuer) nicht vom Beihilferecht ausgenommen
- Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auch ohne Festlegung im nat. Recht
 - LUX: integrierte & nicht-integrierte Unternehmen gleich besteuern
 - „Normalbesteuerung“?
- Konkrete Modalitäten der Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes: Nationales Recht
- Betonung der weitreichenden Autonomie der MS in Steuerfragen
 - KOM darf „Normalbesteuerung“ nicht festlegen
 - Keine Harmonisierung
- EuGH hebt Urteil auf und erklärt Beschluss für nichtig

EuGH verb. Rs. C-649/20 P, C-658/20 P und C-662/20 P, Spanien/ Kommission:

- Rechtsmittel gg. Urteil des EuG
- Finanzierungs-Leasingmodelle spanischer Banken
 - Reedereien und Schiffswerften
- „Steuerplanung“
 - steuerlicher Vorteil für Reedereien bei Bezug von Schiffen aus spanischen Schiffswerften
 - Regelungen zur vorzeitigen Abschreibung
- Negativer Beschluss der KOM
 - Nichtigerklärung durch EuG
 - Zweiter Rechtsgang

EuGH verb. Rs. C-649/20 P, C-658/20 P und C-662/20 P, Spanien/ Kommission:

- Selektivität einer Regelung kann sich aus Anwendung des Ermessensspielraums der nat. Behörden ergeben
- Prüfung der Selektivität und Begründung
- Kein Verstoß gg. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz
- Tw. Aufhebung des Urteils, tw. Nichtigerklärung des Beschlusses
- Verdeutlicht Schwierigkeit bei Einstufung von nat. Steuerregelung als Beihilfe

EuG Rs. T-508/19, Mead Johnson Nutrition (Asia Pacific) u.a./Kommission:

- Klage gg. Beschluss der KOM
- Gibraltar: KÖSt
 - Steuerkonstruktion mit niederländischer Gesellschaft und Lizenzgebühren
- Steuerbescheid: Keine Steuern auf Nutzungsgebühren
 - KOM: rechtswidrige Beihilfe

EuG Rs. T-508/19, Mead Johnson Nutrition (Asia Pacific) u.a./Kommission:

- Beurteilung der nat. Steuerregelung durch KOM verletzt nicht Steuerautonomie der MS
- KOM hat Abweichungen von Leitprinzipien des Steuersystems geprüft
 - Ermittlung des Bezugssystems durch KOM
 - „Normalbesteuerung“?
- Nutzungsgebühren nicht von bestimmter Einkommensart erfasst
 - KOM ging jedoch von territorialer Gesamtbesteuerung aus → Ausnahme durch Abweichung vom Bezugssystem
 - EuG bestätigt diesen Zugang
- Einzelbescheide: Aufhebung des KOM-Beschlusses aufgrund von Verfahrensfehlern

360° Erneuerbare
Energie

imh

Luftverkehr

 H ^ S L I N G E R
N ^ G E L E

EuG Rs. T-718/20, Wizz Air Hungary/Kommission

- Nichtigkeitsklage von Wizz Air gg. Beschluss der KOM
- Rumänische Unterstützungsmaßnahmen für staatliche Fluggesellschaft TAROM
 - Rettungsbeihilfe: Gewährung eines Darlehens
- Kein förmliches Prüfverfahren
- Unternehmen in Schwierigkeiten: Gefahr negativer Auswirkungen ausreichend
 - *ex ante*-Prüfung durch KOM
 - Weite Spielräume der KOM: Potentieller Ausfall bestimmter inländischer Flugstrecken ausreichend

EuG Rs. T-718/20, Wizz Air Hungary/Kommission

- Beihilfegewährung
 - Zulässig, da Unterstützung bei Rückzahlung auf Genehmigung vor EU-Beitritt zurückgeht
 - „Durchführung einer staatlichen Beihilfe“ v „Umsetzung eines Umstrukturierungsplans“
- Weiter Spielraum der KOM bei Eröffnung eines Prüfverfahrens
 - Inhaltliche Argumente wenig erfolgversprechend
- Siehe weitere Rsp (Covid-19):
 - T-111/21, *Ryanair/ Kommission (Croatia Airlines; Covid-19)*
 - T-657/20, *Ryanair/Kommission (Finnair II; Covid-19)*
 - T-577/20, *Ryanair/Kommission (Condor; aide au sauvetage)*

EuGH verb. Rs. C-331/20 P und C-343/20 P, Volotea/ Kommission

- RM gg. abweisendes Urteil des EuG
- Beihilfen zur Entwicklung bestimmter Flughäfen auf Sardinien
 - Staatlich kontrollierte Flughafenbetreiber
 - „Zwischenschaltung“
- Beihilfen für Fluglinien Volotea und easyJet
 - KOM erklärt Beihilfe tw. für unvereinbar mit BM

EuGH verb. Rs. C-331/20 P und C-343/20 P, *Volotea/ Kommission*

- Vorliegen eines (selektiven) Vorteils
 - Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden privaten Wirtschaftsteilnehmers (PIT)
 - Auch bei „zwischenengeschalteten Privaten“ anwendbar
 - Auch bei „öffentlichen“ Zielen und Infrastruktur
- Ausschreibungsverfahren nicht zwingend
 - Gleichwertigkeit: SV-Gutachten etc.
 - Gerade dann, wenn Abwicklung über privates Unternehmen
- EuGH erklärt Beschluss der KOM für nichtig
- EuGH unterstreicht Bedeutung und Flexibilität des PIT
 - betont Handlungsmöglichkeiten der KOM (Informationen)

EuGH, Rs. C-165/20, Air Berlin

- Vorabentscheidungsersuchen des VwG Berlin
 - Europäischer Emissionshandel
- Zuteilung kostenloser Emissionszertifikate an Air Berlin
 - Rücknahme von EZ. Nicht-Einbeziehung best. Flüge
- 2017: Eröffnung Insolvenzverfahren
- Rücknahme weiterer EZ aufgrund Betriebseinstellung
- Keine Zuteilung kostenloser EZ für Zeitraum nach Stilllegung
 - Weder mit dem Zweck noch mit der allgemeinen Systematik des EHS vereinbar
 - Würde Gläubigern einen unverhofften Vorteil verschaffen
- Einstellung einer ETS-Tätigkeit führt zu Rückforderungspflicht kostenloser EZ

360° Erneuerbare
Energie

imh

Verfahren und Rechtsschutz

 H ^ S L I N G E R
N ^ G E L E

EuGH Rs. C-284/21 P, *Kommission/Braesch*

- RM der KOM gg. Urteil des EuG (Große Kammer)
- Beihilfe zur Umstrukturierung der Banca Monte dei Paschi di Siena
 - Genehmigung durch KOM
- Anleiheninhaber – unmittelbar und individuell betroffen?
 - EuG gibt Nichtigkeitsklage statt

EuGH Rs. C-284/21 P, *Kommission/Braesch*

- Rechtsfrage: Anleiheninhaber Beteiligter iS des Art 108 Abs 2 AEUV?
 - Beendigung der Anleihenverträge ohne unmittelbaren Zusammenhang mit Beihilfe
- Bezug für EuGH zu lose
 - KOM in Beschluss über Nicht-Eröffnung eines Prüfverfahrens nicht berechtigt, Auflagen zu erteilen
 - Lastenverteilung keine Auflage
 - Bankenmitteilung: Keine absolute Ermessensbeschränkung
 - Keine individuelle und unmittelbare Betroffenheit aus Beschluss der KOM selbst
 - Zuständigkeit der nationalen Gerichte → alternativer Rechtsweg offen!

EuGH verb. Rs. C-167/19 P und C-171/19 P, Kommission/Freistaat Bayern

- RM der KOM gg. stattgebende Urteile
- Staatliche Unterstützungsleistungen für Überprüfungen der Milchgüte für Molkereien
- Prüfverfahren und Verbot der Beihilfe durch KOM
 - Aufhebung durch EuG
 - Verstoß gg. Verfahrensregelungen (rechtl. Gehör)

EuGH verb. Rs. C-167/19 P und C-171/19 P, Kommission/Freistaat Bayern

- KOM hat Finanzierungsart im Einleitungsbeschluss anzugeben (Umlage bzw. Haushalt)
- KOM muss wesentliche Sach- und Rechtslage ausdrücklich angeben
 - keine bloße Andeutungen
- Möglichkeit der Stellungnahme vor Einleitung eines Prüfverfahrens „wesentliche Formvorschrift“
 - Nur effektiv bei Offenlegung wesentlicher Informationen
- EuG: strenge Anforderungen an Inhalt des Einleitungsbeschlusses

EuGH Rs. C-99/21 P, *Danske Slagtermestre/Kommission*

- RM gg. abweisendes Urteil
- Schlachtbetriebe
 - Beschwerde gg. Gebührenreduktion für Abwasserbehandlung durch große Schlachtbetriebe
 - Einführung eines degressiven Stufenmodells (nach m³)
- KOM: keine Selektivität → keine Beihilfe
- EuG: RM-Führerin nicht klagebefugt (Verband)
 - Beschluss der KOM als Rechtsakt mit Verordnungscharakter
 - Keine unmittelbare Betroffenheit (auf Mitglieder bezogen)

EuGH Rs. C-99/21 P, *Danske Slagtermestre/Kommission*

- Kläger muss Wettbewerbsnachteil (Betroffenheit) darlegen
- EuGH: *Möglichkeit* des Nachteils ausreichend
 - EuG hat zu strenge Kriterien angelegt und Darlegung der nachteiligen Wettbewerbssituation verlangt
 - Nach Art 263 Abs 4 AEUV und Art 47 GRC nicht geboten
- „Durchführungsmaßnahmen“: Nicht für Klein-Schlachtbetriebe, die nicht erfasst sind
 - Unzumutbar, nicht zustehenden Anspruch durchzusetzen
- EuGH: Klage zulässig
 - Zurückverweisung an Gericht zur inhaltlichen Entscheidung
- EuGH unterstreicht Bedeutung des Rechtsschutzes für Verbände

360° Erneuerbare
Energie

imh

Weitere Rechtsprechung

 H ^ S L I N G E R
N ^ G E L E

EuGH Rs. C-666/20 P, GVN/Kommission

- RM gg. abweisendes Urteil des EuG
- Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen
 - Private Verkehrsunternehmen
- Ausgleichsleistungen für Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs
 - „Kommunalisierung von Ausgleichsmitteln für Höchsttarife“
 - Potentieller Interessenkonflikt: kommunale Träger an Verkehrsunternehmen beteiligt
 - Kein direkter Anspruch - mögliche Ausschreibungsverfahren

EuGH Rs. C-666/20 P, GVN/Kommission

- Verband grds. klagebefugt
- Keine Notifizierungspflicht lt. VO
- Keine Verletzung des rechtlichen Gehörs
 - Keine detaillierte Auseinandersetzung mit jedem Argument der Parteien
- Kommunale Aufgabenträger keine Unternehmen
 - Wirtschaftliche Tätigkeit durch Beteiligung an Verkehrsunternehmen
 - Hier jedoch in Rolle als Behörde bei der Verteilung der Mittel

EuGH Rs. C-238/20, *Sātiņi-S*:

- Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichts Lettlands
- Entschädigungsleistungen für Schäden von Vögeln in geschützten Gebieten (Natura 2000)
 - Schäden an Aquakulturen
- Antrag auf weitere Entschädigung nicht stattgegeben
 - De-minimis-Rahmen ausgeschöpft

EuGH Rs. C-238/20, *Sātiņi-S*:

- Art 17 GRC steht Beschränkung der Ausgleichszahlung nicht entgegen
 - Eigentumsrecht nicht absolut
 - Implizit: Beihilfe könnte entsprechend angemeldet werden
- Vorliegen einer Beihilfe auch bei Schadensausgleich
 - „normale Betriebskosten“ des Unternehmens
 - „staatlicher Ursprung“?
- „Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“: Altmark Trans-Kriterien
 - Bloße Einhaltung nationaler Rechtsvorschriften (Vogelschutz) keine „gemeinwirtschaftliche Verpflichtung“
 - Keine direkte staatliche Verursachung der Schäden
- Entschädigungsleistung kann einen staatlichen Vorteil verschaffen

EuGH Rs. C-638/19 P, *Kommission/European Food*

- RM der KOM gg. stattgebendes Urteil
- Investitionsschutzabkommen und Schiedsgerichtsbarkeit
 - Schweden/Rumänien
- Rumänische Förderungen für Investitionen in benachteiligte Gebiete
- Aufhebung der Beihilfen vor EU-Beitritt
- Schiedsklage durch ehemals Begünstigte
 - Schiedsgericht spricht Schadenersatz zu
 - Vollstreckung des Schiedsspruchs als staatliche Beihilfe?
 - KOM: Pflicht zur Rückforderung
 - EuG: Aufhebung des KOM-Beschlusses
- Aufhebung der Regelung vor EU-Beitritt

EuGH Rs. C-638/19 P, *Kommission/European Food*

- Anspruch auf Zahlung mit Schiedsspruch, nicht mit Eintritt des Schadens (i.e. Aufhebung der begünstigenden Regelung)
 - KOM war zur Prüfung der Beihilfe zuständig
 - Auch dann, wenn Regelung vor EU-Beitritt eingeführt
- Durch Schiedsspruch gewährte Zahlung Beihilfe?
 - Zurückverweisung
- Schiedsgerichtsbarkeit zwischen MS gefährdet
Effektivität des Unionsrechts

Vielen Dank!

RA Dr. Johannes Hartlieb, BSc
johannes.hartlieb@haslinger-nagele.com

www.360ee.at

Haslinger / Nagele Rechtsanwälte GmbH
Mölker Bastei 5, 1010 Wien
Tel 01 / 718 66 80-0
Fax 01 / 718 66 80-630



H ^ S L I N G E R
N ^ G E L E